

Stand: 30.04.2026 01:09:19

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/5032

"Bürokratie abbauen, Ausländerbehörden entlasten II: Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit bei Antrag auf Beschäftigungsverhältnis streichen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/5032 vom 19.02.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/6174 des VF vom 20.03.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 49 vom 06.05.2025
4. Beschluss des Plenums 19/7009 vom 05.06.2025
5. Plenarprotokoll Nr. 52 vom 05.06.2025



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Toni Schuberl, Florian Siekmann** und Fraktion **(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Bürokratie abbauen, Ausländerbehörden entlasten II:
Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit bei Antrag auf Beschäftigungsverhältnis streichen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen der Aufnahme eines Beschäftigungsverhältnisses von Personen aus Drittstaaten grundsätzlich entfällt.

Begründung:

Nach dem jetzigen Status quo muss im Rahmen der Aufnahme eines Beschäftigungsverhältnisses von Personen aus Drittstaaten in den meisten Fällen die Bundesagentur für Arbeit (BA) von den Ausländerbehörden beteiligt werden. Hierzu muss eine Erklärung zum Beschäftigungsverhältnis bei der BA eingereicht werden, die die Einhaltung gesetzlicher Vorgaben, z. B. Urlaubsansprüche und Bezahlung nach Mindestlohn, bestätigt. Dieser Vorgang stellt für alle Beteiligten einen erhöhten bürokratischen Aufwand dar: Die Erklärung zum Beschäftigungsverhältnis muss gemeinsam von den Antragstellenden und den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern ausgefüllt und danach im Rahmen der Anfrage an die BA von den Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern der Ausländerbehörden händisch abgetippt und in die Maske des Ausländerzentralregisters (AZR) eingetragen werden. Es ist fraglich, ob es tatsächlich eine solche Bürokratie braucht, nur um nochmals explizit zu bestätigen, dass bestehende gesetzliche Vorgaben eingehalten werden. Stattdessen sollte Unternehmen ein grundsätzliches Vertrauen entgegengebracht und die Überprüfung von Beschäftigungsverhältnissen durch die BA auf Stichproben reduziert werden. Die Staatsregierung soll sich entsprechend für eine Änderung der derzeitigen Regelungen einsetzen.

Sollten diese Bemühungen scheitern, soll sich die Staatsregierung dafür einsetzen, dass der Standard XAusländer um eine Komponente erweitert wird, die eine automatisierte, medienbruchfreie Datenübermittlung der Erklärung zum Beschäftigungsverhältnis zwischen Ausländerbehörde und BA ermöglicht. Die Erklärung zum Beschäftigungsverhältnis, die aktuell der Anfrage an die BA zusätzlich als PDF-Datei angehängt wird, könnte mit einer entsprechenden Schnittstelle in XAusländer automatisiert ins AZR eingepflegt und von der BA abgerufen werden. Die Ausländerbehörden würden hierdurch enorm entlastet.

Der Standard XAusländer ist ein Datenaustauschformat zum elektronischen Austausch von Daten zwischen den Behörden in der Ausländerverwaltung in Deutschland. XAusländer wird seit November 2011 in den Behörden angewandt. Genutzt wird er z. B. in

der Kommunikation der Ausländerbehörden untereinander, zwischen Ausländerbehörden und Meldebehörden und zwischen den Behörden im Austausch mit dem Ausländerzentralregister. Um welche Themengebiete und Schnittstellen der Standard XAusländer erweitert wird, legt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern von Bund, Ländern und Kommunen und der Koordinierungsstelle für IT-Standards fest.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Ludwig Hartmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 19/5032

Bürokratie abbauen, Ausländerbehörden entlasten II: Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit bei Antrag auf Beschäftigungsverhältnis streichen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Johannes Becher**
Mitberichterstatter: **Peter Wachler**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 22. Sitzung am 20. März 2025 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - SPD: AblehnungAblehnung empfohlen.

Petra Guttenberger
Vorsitzende

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIEN WÄHLERN, CSU und AfD. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Enthaltungen? – Jeweils keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Anträge

1. Antrag der Abgeordneten Sabine Gross, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
 Keine Verzögerung bei Sanierung des Schienennetzes!
 Drs. 19/5020, 19/6400 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ludwig Hartmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Bürokratie abbauen: Wegfall der Wohnungsgeberbestätigung
 Drs. 19/5030, 19/6172 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ludwig Hartmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Bürokratie abbauen, Ausländerbehörden entlasten I: Plattform mit bayernweit einheitlichen Standards zur Aktenversendung
 Drs. 19/5031, 19/6173 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ludwig Hartmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bürokratie abbauen, Ausländerbehörden entlasten II:
Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit bei Antrag auf Beschäftigungsverhältnis streichen
Drs. 19/5032, 19/6174 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ludwig Hartmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bürokratie abbauen, Ausländerbehörden entlasten III:
Wartezeitauskunft der Deutschen Rentenversicherung bei Erteilung einer Niederlassungserlaubnis digitalisieren
Drs. 19/5033, 19/6175 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ludwig Hartmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bürokratie abbauen, Ausländerbehörden entlasten IV:
Bei befristeten Aufenthaltstiteln auf Passdaten verzichten
Drs. 19/5034, 19/6177 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ludwig Hartmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bürokratie abbauen, Ausländerbehörden entlasten V:
Biometriedaten zur Verlängerung befristeter Aufenthaltstitel sichern
Drs. 19/5035, 19/6179 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Barbara Fuchs u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Offensive „Unternehmensnachfolge Bayern“
Drs. 19/5085, 19/6389 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Kerstin Schreyer, Bernhard Seidenath u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Zukunft der Sozialwirtschaft II:
Digitalbonus auch für Unternehmen der Sozialwirtschaft
Drs. 19/5104, 19/6186 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Katrin Ebner-Steiner, Daniel Halemba u.a. und Fraktion (AfD)
LKW-Führerschein für die Mitglieder der Blaulichtfamilie vereinfachen!
Drs. 19/5188, 19/6399 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anerkennung ausländischer Physiotherapie-Abschlüsse in Bayern
Drs. 19/5209, 19/6392 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Weiterbildung in der pädiatrischen Pflege voranbringen
Drs. 19/5391, 19/6393 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Ramona Storm, Oskar Atzinger, Markus Walbrunn und Fraktion (AfD)
Für eine fundierte und verantwortungsvolle Aufklärung der nächsten Generation I: Lehrpläne im Fach Biologie anpassen – Wissenschaftspropädeutische Aufklärung über Pubertätsblocker und Transitionstherapien an bayerischen Schulen
Drs. 19/5453, 19/6075 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
Für eine fundierte und verantwortungsvolle Aufklärung der nächsten Generation II: Psychische und physische Gesundheit im Kontext von Pubertätsblockern und Transitionstherapien an bayerischen Schulen
Drs. 19/5454, 19/6224 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
Für eine fundierte und verantwortungsvolle Aufklärung der nächsten Generation III: Integration der wissenschaftlich fundierten Aufklärung über Pubertätsblocker und Transitionstherapien in der generalistischen Pflegeausbildung
Drs. 19/5455, 19/6394 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäuml, Holger Grieshammer u.a. SPD
Schulleitungen in Bayern wirksam entlasten!
Drs. 19/5481, 19/6499 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Toni Schuberl, Florian Siekmann und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 19/5032, 19/6174

**Bürokratie abbauen, Ausländerbehörden entlasten II:
Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit bei Antrag auf Beschäftigungsverhältnis streichen**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Johannes Becher

Abg. Peter Wachler

Abg. Jörg Baumann

Abg. Markus Saller

Abg. Katja Weitzel

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die Tagesordnungspunkte 9 bis 13 auf:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ludwig Hartmann u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bürokratie abbauen: Wegfall der Wohnungsgeberbestätigung (Drs. 19/5030)

und

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ludwig Hartmann u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bürokratie abbauen, Ausländerbehörden entlasten I: Plattform mit bayernweit einheitlichen Standards zur Aktenversendung (Drs. 19/5031)

und

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ludwig Hartmann u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bürokratie abbauen, Ausländerbehörden entlasten II: Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit bei Antrag auf Beschäftigungsverhältnis streichen (Drs. 19/5032)

und

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ludwig Hartmann u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bürokratie abbauen, Ausländerbehörden entlasten III: Wartezeitauskunft der Deutschen Rentenversicherung bei Erteilung einer Niederlassungserlaubnis digitalisieren (Drs. 19/5033)

und

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ludwig Hartmann u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bürokratie abbauen, Ausländerbehörden entlasten IV: Bei befristeten Aufenthaltstiteln auf Passdaten verzichten (Drs. 19/5034)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtredezeit beträgt 29 Minuten. Der erste Redner ist der Kollege Johannes Becher für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, Hohes Haus, Kolleginnen und Kollegen! Bürokratie muss abgebaut werden. Dafür muss man sich die Prozesse anschauen. Bürokratieabbau ist immer konkret. Daher legen wir als Fraktion fünf ganz konkrete Vorschläge vor, wie man die Verwaltung entlasten und Bürokratie abbauen könnte.

Erster Antrag, der Wegfall der Wohnungsgeberbescheinigung. Es ist so: Wenn ich eine Wohnung miete und mich ummelden möchte, brauche ich vorher die Bestätigung des Vermieters oder der Vermieterin, dass er/sie mir wirklich die Wohnung vermietet hat. Dann gehe ich mit diesem Zettel ins Einwohnermeldeamt und sage: Ich wohne jetzt in der Bahnhofstraße, hier ist der Zettel vom Vermieter, dass er mir wirklich die Wohnung vermietet hat. – Was passiert mit diesem Zettel? – Der Zettel wird im Einwohnermeldeamt in dem Ordner abgelegt, in dem die Zettel sind; sonst passiert nichts. Wenn man Sicherheit gewinnen wollte, dass sich keiner falsch anmeldet, wird das so nicht erreicht, weil die Zettel nicht kontrolliert werden. So ist es halt; Wer sich falsch anmelden möchte, tut das. Derjenige, der es anständig macht, braucht diesen Zettel überhaupt nicht, weil er ehrlich ist. Ich denke deshalb: Ein Prozess, der keine Sicherheit bringt, sondern nur Arbeit macht, gehört abgeschafft.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Martin Wagle (CSU))

Zum zweiten Antrag: ein einheitlicher Standard zur Aktenversendung. Meine Damen und Herren, zwischen Behörden werden Akten versendet. Sie werden in Papierform versendet. Das geht in Papierform oder im Behördenpostfach via Downloadlink. DVDs werden verschickt. E-Mails werden gesichert oder ungesichert verschickt. Jeder macht

es, wie er es für richtig hält. Das kostet Zeit. Wir haben aber keine Zeit. Wir haben nicht die Zeit, dass unser Personal immer irgendwelche Akten einscannt oder auf Downloads wartet und dann wieder ins eigene System uploaded. Es braucht einen einzigen Standard, wie Behörden untereinander Akten verschicken. Es braucht einen einzigen Standard, einen einzigen Prozess und einen einzigen Weg. So geht es. Dann ist es entbürokratisiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der dritte Punkt: der Antrag auf ein Beschäftigungsverhältnis. Wenn es darum geht, Saisonarbeitskräfte aus Nicht-EU-Ländern zu beschäftigen, muss ein Unternehmen für die Arbeitsagentur einen fünfseitigen Antrag mit 59 Feldern ausfüllen. Dieser Antrag wird dann von der Ausländerbehörde für die Arbeitsagentur händisch eingetippt und dann nach Nürnberg geschickt, damit die das entscheiden. Ich habe mit denen telefoniert und gefragt: Warum brauchen wir diesen Antrag? Sie haben mir geantwortet: Wir brauchen diesen Antrag, weil sich dann keiner traut, Schindluder zu betreiben. Es gibt ein Gesetz, in dem es um Mindestlohn, Urlaubsanspruch und Arbeitsbedingungen geht. Ich denke, wenn es ein Gesetz gibt, dann gehört dieses Gesetz eingehalten. Ich brauche dann keinen Antrag dafür, in dem drinsteht, dass das Gesetz eingehalten werden muss. Von daher sage ich: den Antrag weg, das Gesetz gilt; dann gibt es eine klare Kontrolle. Diejenigen, die Schindluder betreiben – das werden ganz wenige sein –, gehören so bestraft, dass sie es künftig richtig machen. Alle anderen, die es ohnehin richtig machen, lassen wir mit Anträgen und Bürokratie in Ruhe. Das ist unser Vorschlag Nummer drei.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Walter Nussel (CSU))

Unser vierter Vorschlag. Es gibt, wenn man eine Niederlassungserlaubnis beantragt, das Erfordernis, eine sogenannte Wartezeitauskunft bei der Deutschen Rentenversicherung zu beantragen. Wie macht das die Person? – Sie muss dann bei der Rentenversicherungsanstalt oder dem Versorgungsamt das eigenhändig einholen und

sodann an die Ausländerbehörde übergeben bzw. übermitteln. Man kann sich vorstellen: Wir leben in einem digitalen Zeitalter, man könnte doch eine Schnittstelle bauen. Wenn es wirklich so ist, dass man eine Wartezeitauskunft braucht, dann drückt man auf ein Knöpfchen, worauf die Daten rübergeschickt werden. Dann sieht man, ob er den Anspruch hat oder nicht. Das wäre digital, wäre einfach und würde der Verwaltung helfen. Das würde Zeit sparen, und zwar dem Kunden und der Verwaltung, weil er nicht zur Verwaltung gehen muss. Das ist unser Vorschlag Nummer vier – ganz konkret entbürokratisiert.

(Beifall bei den GRÜNEN – Martin Wagle (CSU): Das war es aber!)

– Herr Kollege, ein Punkt kommt noch.

Punkt fünf: Bei diesem geht es um befristete Aufenthaltstitel. Im befristeten Aufenthaltstitel steht die Passnummer des Betroffenen. Wenn jemand, zum Beispiel ein Chinese, bei uns studiert, dann ist er hier mit einem befristeten Aufenthaltstitel. In dem steht die Passnummer. Dieser Aufenthaltstitel kann nur genau so lange gelten, wie der Reisepass gültig ist. Wenn er einen neuen Reisepass braucht, dann müssen wir einen neuen Aufenthaltstitel ausstellen. Also machen wir dann die ganze Arbeit doppelt. Das macht gar keinen Sinn. Es passt doch, wenn er schon hier ist. Bei dem unbefristeten Aufenthaltstitel hat man die Passnummer weggemacht, und dann hat man gesagt: Übers Geburtsdatum, über den Namen und den Fingerabdruck kennen wir diese Person. Wenn man das Gleiche beim befristeten Aufenthaltstitel auch machen würde, würden wir uns Zeit sparen. Dann braucht es das alles nicht. Das ist sehr konkret, einfach, unbürokratisch und würde dazu führen, dass wir weniger Fachkräftemangel in der Verwaltung haben.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Warum habt ihr denn das in der Bundesregierung nicht gemacht?)

Das würde auch zu weniger Fachkräftefehlgebrauch führen. Ich bitte um Zustimmung zu diesen Vorschlägen und bin gespannt, warum Sie diese Bürokratieentlastung nicht haben wollen. Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das hättet ihr alles in der letzten Bundesregierung machen können!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Becher, vielen Dank. – Der nächste Redner ist der Kollege Peter Wachler für die CSU-Fraktion.

Peter Wachler (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Becher, Sie haben jetzt wie ein Wilder gesprochen. Ich würde schon fast ein Tempolimit einfordern, für das, was Sie hier gesagt haben.

(Heiterkeit bei der CSU sowie des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Bevor wir heute über Bürokratieabbau sprechen, sollten wir uns einen kurzen Moment Zeit nehmen, um über den Begriff einmal nachzudenken.

Was ist denn eigentlich Bürokratie? – Bürokratie ist im Kern nichts anderes als der Versuch, staatliches Handeln nachvollziehbar, gerecht und sicher zu machen. Sie ist aus dem berechtigten Bedürfnis gewachsen, unsere Bürgerinnen und Bürger vor Willkür, Ungleichbehandlung und Fehlern zu schützen. Oft, leider zu oft, steht am Anfang jeder neuen bürokratischen Regelung ein tragischer Fall, ein Verbrechen, ein Schaden oder ein Aufschrei. Wir erleben es in der Landwirtschaft, im Bauwesen, im Verkehr oder in der öffentlichen Verwaltung: Aus einer gutgemeinten Regelung wird über Jahre ein komplexes Geflecht, das lähmt, statt zu leiten. Meine Damen und Herren, das ist ein Zustand, mit dem wir nicht mehr mutig gestalten, sondern uns hinter Aktenbergen oder Paragraphen verschanzen, und zwar nicht deshalb, weil wir es wollen, sondern weil wir Angst vor Verantwortung und gerichtlicher Rechenschaft haben.

Gestatten Sie mir daher zu Beginn eine schon fast philosophische Frage: Wie schaffen wir es denn, dass die klagewütigen Menschen mit Rechtsschutzversicherungen

in unserem Land wieder mehr Eigenverantwortung für ihr eigenes Tun und Handeln übernehmen? – Genau hier beginnt echter Bürokratieabbau: in der Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Dazu braucht es mutige politische Entscheidungen, Kontrolle abzugeben. Es braucht Mut, einmal wieder Vertrauen zu schenken, und auch Mut, Prozesse zu hinterfragen.

Lieber Kollege Becher, als ich die Überschrift der vorliegenden Anträge der GRÜNEN gelesen habe, war mein erster Gedanke: Na endlich, Bürokratieabbau. Jetzt sind die GRÜNEN auch endlich so weit. – Bürokratieabbau ist ein zentrales Ziel, das wir als CSU in Bayern mit voller Überzeugung verfolgen; denn klar ist: Zu viel Bürokratie lähmt unser Land. Sie hemmt Innovationen. Sie frustriert Bürgerinnen und Bürger. Sie kostet Zeit, Geld und wahrlich Nerven.

Ich weiß, wovon ich spreche; denn als langjähriger Bürgermeister habe ich mich selbst oft durch den Dschungel aus Formularen, Verordnungen und Verfahren schlagen müssen. Genau deshalb setze ich mich im Landtag konsequent für einen schlanken und bürgerfreundlichen Staat ein; aber auch genauso für mehr Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger, weil wir das brauchen. Sonst funktioniert das ganze System nicht.

Wenn man sich anschaut, was die GRÜNEN konkret beantragen, merkt man schnell: Da steckt leider weniger Bürokratieabbau drin, als ihn das Etikett tatsächlich verspricht. Schauen wir uns diese fünf Anträge mal an.

(Johannes Becher (GRÜNE): Okay, das ist interessant!)

– Keine Sorge, Herr Becher, ich mache es kurz.

Der Wegfall der Wohnungsgeberbestätigung klingt erst einmal harmlos. Das ist aber brandgefährlich. Die Wohnungsgeberbestätigung hat einen ganz klaren Zweck: Sie

verhindert Scheinanmeldungen und Identitätsbetrug. Sie stellt sicher, dass nur Menschen angemeldet werden, die tatsächlich in eine Wohnung eingezogen sind. Ohne diese Bestätigung könnten sich Menschen einfach ohne Wissen des Vermieters und ohne jegliche Kontrolle aus welchem Grund auch immer anmelden. Der Aufwand für die Vermieter ist minimal. Im Bayernportal gibt es ein Musterformular, das nur eine Seite lang ist. Das braucht man nur auszudrucken, und dann ist es fertig. Wenn es überall so nette Mitarbeiter im Bürgerbüro wie in meiner Marktgemeinde Markt Wald gibt, bekommen sie es sogar vor Ort. Meine Damen und Herren, das bedeutet: Weniger Bürokratie durch die Bestätigung, aber auf keinen Fall mehr. Damit läuft der Antrag ins Leere. Oder schlimmer noch: Er öffnet Missbrauch Tür und Tor.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Hört, hört! –
Johannes Becher (GRÜNE): "Vertrauen" war doch gerade das Stichwort!)

Ich komme zum nächsten Punkt: eine zentrale Plattform für den Aktenversand in Ausländerbehörden. Das klingt innovativ. Ich muss Ihnen aber sagen: Das ist längst in Arbeit. Der Standard "XAusländer" wird bereits eingesetzt und kontinuierlich weiterentwickelt. Das Ziel, einheitliche Verfahren zu schaffen, verfolgen wir längst gemeinsam mit dem Bund und den Ländern. Es gibt Bund-Länder-Arbeitsgruppen. Es wurden schon einige Verfahren verbessert. Genau das zeigt, dass wir das Thema wirklich ernst nehmen. Der Antrag ist damit überholt. Deswegen lehnen wir auch den zweiten Antrag ab.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Zum dritten Antrag: Das ist die Rolle der Bundesagentur für Arbeit bei Beschäftigungserlaubnissen. Auch hier verfolgt der Antrag einen ganz klaren Irrweg; denn diese Beteiligung schützt Arbeitnehmer und schützt auch den Arbeitsmarkt als Ganzes. Sie verhindert Dumpinglöhne, bewahrt die Tarifbindung und sorgt für wirklich faire Bedingungen. Wer diesen Schutz aushebeln will, der gefährdet am Ende sogar die soziale Marktwirtschaft, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Johannes Becher (GRÜNE): Das stimmt nicht! Das Gesetz bleibt doch!)

Was die technische Erweiterung des Standards angeht: Das ist bereits erfolgt. Damit hat sich auch dieser Antrag erledigt.

(Beifall bei der CSU)

Vierter Antrag: Digitalisierung der Wartezeitauskunft der Rentenversicherung. Digitale Prozesse – ja klar, gerne, her damit. Aber nicht, wenn sie neue Bürokratie erzeugen; denn genau das würde hier passieren. Die Ausländerbehörden müssen selbst Daten bei der Rentenversicherung beschaffen. Das ist die Aufgabe des Antragstellers. Er hat seine Mitwirkungspflicht zu erfüllen. Wir driften damit wieder genau in diesen gesellschaftlichen Vollkasko-Service ab, den wir verhindern wollen: mehr Aufwand, mehr Personalbindung. Hier gucke ich ganz besonders zu unserem Finanzminister, der heute noch da ist. 40 % entfallen auf Personalkosten. Und am Ende gibt es auch deutlich mehr Bürokratie. Mit Bürokratieabbau hat das nichts zu tun, ganz im Gegenteil, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Letzter Antrag: kein Eintrag von Passdaten auf befristeten Aufenthaltstiteln. Auch das wurde längst auf Fachgremienebene diskutiert und wurde auch bewusst abgelehnt. Warum? – Weil befristete Titel gerade der Überprüfbarkeit dienen. Wer sich nur temporär in Deutschland aufhält, der muss identifizierbar bleiben, auch für die Kontrollbehörden im Inland und an den EU-Grenzen.

(Johannes Becher (GRÜNE): Ist er doch!)

Es geht hier um Sicherheit und um Klarheit für alle Beteiligten. Somit lehnen wir auch diesen Antrag ab.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, echter Bürokratieabbau beginnt nicht nur mit dem Streichen von Formularen, mit dem vermeintlichen Aussetzen bewährter Strukturen. Echter

Bürokratieabbau beginnt mit einem Mentalitätswechsel, mit einem Mentalitätswandel. Da spreche ich auch alle Menschen da draußen an. Nicht jeder Fehler und nicht jedes noch so tragische Unglück lässt sich durch eine neue Vorschrift verhindern. Aber jede überflüssige Vorschrift verhindert manchmal das richtige Handeln.

Da darf ich jetzt zum Schluss meinen Fraktionsvorsitzenden zitieren, der auch mal Bürgermeister war und die Probleme genauso gut kennt wie ich: Wir brauchen keine Verwaltung, die sagt, warum etwas nicht geht. Wir brauchen eine, die Wege findet, wie es geht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist gut!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Johannes Becher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johannes Becher (GRÜNE): Herr Kollege, der Mentalitätswandel wird viel beschworen: Kulturwandel, Vertrauen. Zu dem Antrag, wo es um die Bundesagentur geht: Da haben wir bayerische Unternehmen, die Saisonarbeitskräfte beschäftigen. Die Frage ist doch: Vertrauen wir diesem Unternehmen grundsätzlich, dass es Mindestlohn bezahlt und den Urlaubsanspruch, wie er gesetzlich festgelegt ist, tatsächlich erfüllt? Oder wollen wir, dass dieses Unternehmen einen Antrag ausfüllt, in dem es bestätigt, dass es das Gesetz einhält? – Ich hätte Vertrauen in das Unternehmen, dass es das Gesetz auch einhält, ohne einen solchen Antrag auszufüllen.

Ich würde sagen, wir müssen davon wegkommen, dass im Vorfeld alle beweisen müssen, dass sie das Gesetz erfüllen. Es ist besser, hinterher zu kontrollieren und die wenigen schwarzen Schafe zu erwischen. Alle, die das Vertrauen verdienen, auch alle Unternehmen, müssen wir in Ruhe lassen mit solchen Anträgen. Das wäre die Konsequenz, wenn das, was Sie am Anfang zum Thema Vertrauen gesagt haben, auch umgesetzt würde.

(Zuruf des Staatsministers Dr. Florian Herrmann)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Becher. – Herr Wachler, bitte.

Peter Wachler (CSU): Kollege Dr. Herrmann spricht vom Lieferkettengesetz. Aber das ist tatsächlich ein sehr guter Hinweis. Natürlich darf man nicht jeglichen Arbeitgeber sofort unter Generalverdacht stellen. Das ist klar. Trotzdem brauchen wir auch ein gewisses Kontrollgremium, das eben genau verhindert, dass Dumpinglöhne gezahlt werden, das dafür sorgt, dass die Tarifbindung eingehalten wird und die Arbeitnehmer nur fairen Arbeitsbedingungen ausgesetzt sind.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Wachler. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Baumann für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Jörg Baumann (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kollegen! Die GRÜNEN möchten also mal wieder die Bürokratie abbauen. Ich glaube, das nennt man Oxymoron, also einen Widerspruch in sich. Aber was weiß ich schon? Ich bin ja nur ein einfacher Beamter im mittleren nichttechnischen Dienst, der durch die Unfähigkeit der etablierten Parteien gezwungen wurde, in die Politik zu gehen.

(Heiterkeit bei der AfD)

Nehmen wir Ihren Vorschlag zur einheitlichen Aktenversendung bei Ausländerbehörden. Den brauchen wir nicht. Wir brauchen eine andere Politik. Dann brauchen wir auch keine Akten mehr zu verschicken. Bett, Brot und Seife, Remigration und dazu ein Grenzzaun wie an der ungarisch-serbischen Grenze – dann hat sich das Aktenproblem auch schon gelöst.

(Johannes Becher (GRÜNE): So kann man sich verabschieden aus der Diskussion!)

Weiter wollen Sie die Wohnungsgeberbestätigung abschaffen, weil diese so leicht zu fälschen sei. Ihnen wäre es also lieber, wenn diese Bestätigung komplett wegfällt und so Scheinanmeldungen noch einfacher werden. Besondere Hürden stehen den Gesetzesbrechern auch jetzt schon nicht im Weg. Das belegen die teilweise zehn oder mehr unterschiedlichen Identitäten, über die diverse Terroristen und andere Schwerstkriminelle bereits aktuell verfügen. Das verstehen die GRÜNEN also unter Bürokratieabbau: Straftätern das Leben noch einfacher machen.

Nach dieser Logik möchten sie vermutlich auch die Grenzkontrollen abschaffen, weil ja trotzdem so viele illegale Migranten ins Land kommen. Übrigens kam es bei einer Grenzkontrolle in Schirnding zu einer Schießerei, bei welcher ein Iraner auf unsere Polizeibeamten schoss. Aber das passte Ihrer radikalen Jugend gut, denn für Jette Nietzard sind eh alle Polizisten nur Bastarde.

Warum die Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit bei Antrag auf ein Beschäftigungsverhältnis von Personen aus Drittstaaten gestrichen werden soll, erschließt sich ebenfalls nicht. Diese Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit soll sichern, dass es bei solchen Beschäftigungen auch mit rechten Dingen zugeht. Schließlich müssen Lohndumping und das Unterlaufen von Tarifverträgen verhindert werden. Das dient letztlich auch dem Schutz der einheimischen Arbeitnehmer, und das muss auch genau so bleiben. Oder haben Sie auf einmal wie die SPD das Interesse an der Arbeiterklasse verloren, falls es jemals vorhanden war? Also nichts mehr mit "Auf die Barrikaden".

Die Wartezeitauskunft der Deutschen Rentenversicherung bei Erteilung einer Niederlassungserlaubnis zu digitalisieren, ist ebenfalls nicht zielführend. Aktuell muss sich der Antragsteller selber um die nötigen Unterlagen kümmern und diese einreichen. Bei Ihrem vorliegenden Antrag müssten die Behörden künftig selbst aktiv werden. Wie dies entlastend wirken soll, ist nicht nachvollziehbar.

Ja, in einem sozialistischen Staat muss sich der Staat mit Fünf- oder Zehn-Jahresplänen um alles kümmern. In einem freiheitlichen Staat darf sich der Bürger gerne selbst einbringen und Eigenverantwortung tragen. Ja, ich weiß, dass das für Sie nur schwer zu ertragen ist; denn schließlich sind bei Ihnen auch die schlimmsten Kriminellen nur Opfer, um die sich der Staat oder wahlweise das weiße Patriarchat nicht genügend gekümmert hat.

(Johannes Becher (GRÜNE): Als Opfer gerieren sich immer andere! – Volkmar Halbleib (SPD): Sie sind doch Mini-Me!)

Bei befristeten Aufenthaltstiteln auf Passdaten zu verzichten, geht ebenfalls in die völlig falsche Richtung. Die Behörden haben nämlich da nicht das Problem, dass ihnen zu viele Daten vorliegen, sondern dass sie zu wenig oder überhaupt keine überprüfbaren Daten über die betreffenden Personen haben.

Dieser Antrag mutet wieder wie ein Kuckucksei an, das die GRÜNEN den Behörden ins Nest legen wollen, und ist darum ebenfalls abzulehnen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit und diese völlig überflüssigen Anträge.

(Beifall bei der AfD – Volkmar Halbleib (SPD): Runtergeleiert, diese Rede!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Kollege Markus Saller für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Markus Saller (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, und natürlich sehr geehrter Herr Kollege Becher von den GRÜNEN! Sie haben uns erzählt, dass Sie im Ausländerdezernat hospitiert haben. Ich glaube, aus dieser praktischen Erfahrung heraus haben Sie diese Anträge zusammengebastelt. Wir wissen aus der Arbeit in der Enquetekommission gut genug, dass wir alle hinter Bürokratieabbau stehen. Man muss aber aufpassen, dass man nicht plötzlich zentrale rechtsstaatliche und sicherheitsrelevante Standards infrage stellt. Ich glaube, einige Ihrer Vorschläge sind schlicht und einfach nicht praktikabel. Im Üb-

rigen handelt es sich überwiegend um bundesrechtliche und keine landesrechtlichen Vorgaben, für die wir also ohnehin nicht zuständig sind. Daher ist es wohl nur eine Anregung, es im Bund weiter unterzubringen.

Gehen wir die einzelnen Punkte noch einmal durch. Es ist ja schon einiges gesagt worden. Die Wohnungsgeberbestätigung ist meines Erachtens wichtig. Ich praktiziere seit über 25 Jahren als Rechtsanwalt und habe schon viele Anfragen an Einwohnermeldeämter gestellt, um zustellungsfähige Anschriften von Schuldnern oder Leuten, denen man Klagen oder Ähnliches zustellen möchte, herauszufinden. Es ist absolut wichtig, dass das, was in diesen Meldeämtern tatsächlich vorliegt, auch stimmt.

(Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Sie öffnen hier sozusagen Tür und Tor dafür, Meldungen vorzunehmen, die völlig irrelevant sind. Eine Kontrolle durch die Wohnungsgeberbestätigung halte ich für sinnvoll und richtig.

Zur Plattform für den einheitlichen Standard zur Aktenversendung hat der Kollege schon gesagt, dass es die Schnittstelle gibt. Sie ist vorhanden.

(Johannes Becher (GRÜNE): Sie wird halt nicht von allen genutzt!)

– Ja, das sagen Sie, dass diese nicht von allen genutzt wird. Hier sollen wir Ihnen aufgrund Ihrer praktischen Zeit dort glauben. Wie lange waren Sie da? – Eine Woche oder so. Letztendlich weiß ich nicht, ob die das tun oder nicht. Wie wollen Sie verhindern, dass die DVDs, Mails oder Sonstiges durch die Gegend schicken? Wollen Sie das verbieten? Wie stellen Sie sich das vor? Wer soll das kontrollieren?

(Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Wir haben einen digitalen Standard geschaffen. Die Schnittstelle ist vorhanden und kann genutzt werden. Der Vorgang ist digitalisiert. Somit ist kein Platz mehr für eine

neue Regelung. Sie wollen Verbote, womit Sie letztendlich neue Bürokratie erzeugen würden.

Auch bei der Geschichte mit der Bundesagentur für Arbeit sind wir im Bundesrecht. Ich gebe Ihnen recht, dass fraglich ist, ob es ein so umfangreicher Antrag sein muss. Darüber können wir uns gerne einmal unterhalten. Vielleicht kann man diesen ein bisschen verkürzen und verknappen. Das Ganze hat aber seine Berechtigung, weil es in der Regel prekäre Arbeitsverhältnisse mit ausländischer Beteiligung betrifft. Ich halte es für sinnvoll, dass wir das von staatlicher Seite entsprechend überprüfen.

Auch bei der Wartezeitauskunft bei der Deutschen Rentenversicherung erzeugen Sie neuen Bürokratieaufwand. Sie machen es nicht einfacher, indem Sie die Zuständigkeit, diese Auskunft einzuholen, auf die Ausländerbehörde verlagern, diese Auskunft, die sich der Antragsteller zuvor selbst besorgen musste. Daher sehe ich auch in dieser Maßnahme keine wirkliche Entbürokratisierung.

Wegen der Passdaten bei befristeten Aufenthaltstiteln habe ich gerade noch mit Herrn Kollegen Lindinger gesprochen, der lange bei der Polizei war. Diese sind absolut wichtig. Dies ist ein Merkmal, damit keine Fälschungen stattfinden. Für die innere Sicherheit ist es absolut notwendig, dass dies dabei ist.

In Ihrem sechsten Antrag – Sie haben nur von fünf gesprochen, weil Sie den sechsten offenbar selbst nicht mehr verfolgen – geht es um die – –

(Johannes Becher (GRÜNE): Der hat eine Mehrheit erhalten! Deshalb habe ich ihn nicht mehr hochgezogen!)

– Okay. Biometrische Daten sind – hier sind wir uns, glaube ich, einig – besonders sensibel. Denkt man hier über dauerhafte Speicherungen nach, muss man mit sehr großer Vorsicht herangehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir FREIE WÄHLER sind für Bürokratieabbau und zeigen das, aber nicht für Bürokratieabbau um jeden Preis. Rechtsstaatlichkeit, Si-

cherheit und Datenintegrität müssen natürlich gewährleistet sein. Wer wirklich entlasten will, muss die Prozesse verbessern, nicht Kontrollmechanismen abschaffen. Auch Klein-Klein-Fälle, glaube ich, helfen uns nicht weiter. Man muss groß in die Prozesse hineingehen. Deswegen tut es mir leid, aber wir lehnen den Antrag der GRÜNEN ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Saller. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Katja Weitzel für die SPD-Fraktion.

Katja Weitzel (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleg:innen! Bürokratieabbau ja, aber nicht mit der Brechstange. Was meine ich damit? – Bürokratie ist nicht grundsätzlich schlecht. Sie sorgt für Ordnung in den Lebensverhältnissen der Menschen, für Transparenz behördlicher Entscheidungen und für Rechtssicherheit. Natürlich gibt es überregulierte Bereiche, in denen unbedingt Bürokratie abgebaut werden muss. Ob Bürokratieabbau aber sinnvoll ist, muss immer wieder hinterfragt und geprüft werden. Anhand von drei der fünf hier vorgelegten Anträge der GRÜNEN möchte ich dies kurz erläutern.

Erstens. Zum Wegfall der Wohnungsgeberbestätigung: Diese Mitwirkungspflicht des Wohnungsgebers bei der Anmeldung der Mieter:innen im Rahmen des Meldewesens wurde 2002 schon einmal abgeschafft, damals von Rot-Grün. 2011 wurde sie wieder eingeführt, damals von Schwarz-Gelb, und zwar aus gutem Grund; denn es wurde festgestellt, dass Bürokratieabbau in diesem Bereich nicht sinnvoll ist, da die Wohnungsgeberbestätigung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung dient und – wie schon gesagt worden ist – Scheinwohnsitzwechsel verhindert. Auch Kommunen greifen darauf zu, wenn es um die Wahlberechtigung geht. Dies muss aufrechterhalten werden. Die Frage ist, wem es mehr nützt, dem Bürokratieabbau oder der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

Zweitens. Zur Streichung der Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit bei Beschäftigungsverhältnissen von Personen aus Drittstaaten: Auch hier ist Bürokratieabbau

nicht sinnvoll, da dies der Sicherheit dieser Arbeitnehmer:innen vor Dumpinglöhnen dient. Arbeitgeber müssen gegenüber der Bundesagentur für Arbeit Farbe bekennen, wie sie sich die Ausgestaltung dieser Arbeitsverhältnisse vorstellen, Stichwort Mindestlohn. Das, was Sie meinen und zu Recht kritisieren, Herr Kollege Becher, sind die zu langen Arbeitsabläufe zwischen den Unternehmern und der Bundesagentur für Arbeit sowie das händische Eingeben von Daten in Formulare. Dieses Problem löse ich jedoch nicht durch Bürokratieabbau, sondern durch eine konsequente Digitalisierung der Verwaltung. Das ist etwas Anderes.

Drittens. Zum Verzicht auf Passdaten bei befristeten Aufenthaltstiteln: Auch diese vermeintliche Maßnahme zum Bürokratieabbau dient niemandem. Sie führt im Gegenteil zu mehr Aufwand für die Ausländerbehörden; denn die Entkoppelung der befristeten Aufenthaltstitel von einem gültigen Passdokument erschwert die Kontrolle im Ausländerzentralregister seitens der Polizei und der Ausländerbehörde. Was soll hier also der Vorteil sein?

Diese Beispiele zeigen, dass Bürokratieabbau immer Konsequenzen hat und daher immer gut überlegt werden muss, welche Maßnahme welche Konsequenz hat. Deshalb bleiben wir bei unserem Votum im Verfassungsausschuss und bei der Ablehnung der Anträge, die hier unter den Tagesordnungspunkten 9, 11 und 13 genannt sind. Wir bleiben auch bei der Zustimmung zu den Anträgen unter den Tagesordnungspunkten 10 und 12, in denen es weniger um Bürokratieabbau, sondern um eine konsequente Digitalisierung geht, um uns allen das Leben zu erleichtern.

Nun habe ich noch 50 Sekunden, und da ich wieder einmal die Ehre habe, die letzte Rednerin zu sein, wünsche ich uns allen schöne Pfingstferien und vor allem, dass an Pfingsten der Heilige Geist bei uns einzieht.

(Michael Hofmann (CSU): Bei uns war er schon!)

Vielleicht kommen wir nach zwei Wochen ein bisschen klüger zurück. Wir werden sehen, was danach passiert. Ich weiß, das allerletzte Wort hat heute das Präsidium. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Weitzel. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Die Fraktionen sind übereingekommen, dass über die Anträge gemeinsam abgestimmt werden soll. Zugrunde gelegt werden hier die jeweiligen Voten im federführenden Ausschuss.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion im Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen gibt es dementsprechend keine, auch keine Stimmenthaltungen. Dann übernimmt der Landtag diese Voten. Das heißt, die fünf Anträge sind abgelehnt.

Ich danke Ihnen für die konzentrierten Beratungen und wünsche Ihnen schöne Ferien. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 17:13 Uhr)